

Wiesbadener Zeitung

Rheinischer Kurier

Mittelrheinische Zeitung

Wochenchrift „Die Foren“

Abdruck 2 mal wöchentlich, auch Montag früh. — Bezugspreis: Abnehmer monatlich 60 Pf., vierteljährlich 1.80 M., durch Träger und Agenturen frei. Das Haus monatlich 80 Pf., vierteljährlich 2.40 M. Durch die Post bezogen monatlich 1 M., vierteljährlich 3 M., ohne Bestellgebühr. Einzelnummer 5 Pf.

Verlag und Redaktion: Nikolastr. 11
Filialen: Mauritiusstr. 12 und Bismardring 29

Anzeigenpreise: In Wiesbaden 20 Pf., außerhalb 30 Pf., Restamende 1.20 M., Sonderbeilagen 5 M. pro 1000. Anzeigenannahme: Für die Abend-Ausgabe bis 1 Uhr mittags, Morgen-Ausgabe 7 Uhr abds. Fernruf Nr. 2013, 2016, 2017; Filiale I Mauritiusstraße 12 Nr. 2054, Filiale II Bismardring 29 Nr. 2055.

Nummer 244

Samstag, 13. Mai 1916.

70. Jahrgang.

Siegreiche Abwehrkämpfe in West und Ost.

Delbrücks Rücktritt.

Der Rücktritt des Staatssekretärs des Reichsamts des Innern kommt nicht unerwartet. Eine ernste Krankheit verhinderte ihn, sich der Leitung seines umfangreichen und gerade in unserer Zeit überaus wichtigen und verantwortungsvollen Amtes genügend zu widmen; aber wenn die Krankheit auch nicht gekommen wäre, so wäre es dem Minister doch wohl schwer geworden, sich noch länger gegen den Ruf zum Ruhestand zu behaupten, der sich infolge des Verlaufs der deutschen Ernährungsorganisation von allen Seiten gegen ihn erhoben hatte. Im Januar feierte Dr. Delbrück seinen 60. Geburtstag — im siebenten Jahre seiner Tätigkeit als Staatssekretär des Reichsamts des Innern und im elften Jahre seiner ministeriellen Tätigkeit überhaupt. Das Reichsamt des Innern trat Clemens Delbrück, der bis dahin preussischer Staatsminister gewesen war, am 14. Juli 1900 in einer Zeit bester innerpolitischer Erregung an. Der Vize war zerbrochen, sein Schöpfer war zurückgetreten, die Ordnung unserer Reichsfinanzen hatte die Geister herab entzweit, daß manche an einer gedeihlichen Weiterarbeit des „Volkshaushalts“ verzweifelten. Die neuen Männer in der Regierung schienen vor schier unüberwindlichen Schwierigkeiten zu stehen. Schließlich leistete denn doch dieser Reichstag noch ein gutes Stück gesetzgeberischer Arbeit, und diese Arbeit fiel in der Hauptsache in des neuen Staatssekretärs Amtszeit. Die große Zusammenfassung unserer sozialen Gesetzgebung in der Reichsversicherungsordnung und die Ausdehnung der Alters- und Hinterbliebenenversorgung auf den neuen Mittelstand der Privatangehörigen, daneben noch das „Hausarbeitsgesetz“, das den Heimischen der Armen, den Heimarbeitern, eine gewisse Befreiung von dem Druck ihrer Lage bringen sollte, bezeichnen die sozialpolitische Tätigkeit der Jahre 1910/11. Der neue Staatssekretär konnte mit diesen Erfolgen seiner ersten Amtsjahre zufrieden sein: die Reichsversicherungsordnung wurde mit überwältigender Mehrheit, die Privatbeamtenversicherung gar einstimmig von den Reichsboten gebilligt.

Nun darf man ja bei einer Beurteilung von Delbrücks Wirksamkeit nicht vergessen, daß die beiden Gesetzgebungswerke nicht aus seiner Initiative geboren wurden. Die Vereinheitlichung unserer Arbeiterversicherung, ihre Ausdehnung auf Witwen und Waisen wurden bereits unter des Grafen Posadowsky's Amtszeit in Aussicht genommen. Namentlich die Vereinheitlichung unserer großen Versicherungs-Gesetze hatte Posadowsky sehr am Herzen gelegen. Die Alters- und Hinterbliebenenversorgung aber auch auf die Privatangehörigen auszuweiten, das entsprach einer dringenden Forderung des Reichstags. Man kann zweifelhaft sein, ob die Privatbeamtenversicherung nicht einwandfreier ausgearbeitet gewesen wäre, wenn sie nicht in der Zeit der letzten Wochen der sterbenden Legislaturperiode erledigt worden wäre. Und nach Delbrücks sozialpolitischen Anstrengungen hätte man eigentlich erwarten können, daß er als Staatssekretär sich einer allzu eiligen Gesetzgebungsarbeit auf diesem Gebiete widersetzen werde. Denn in den nahezu vier Jahren, in denen er das Amt eines preussischen Handelsministers bekleidet hatte, erwies er sich sozial-reformerischen Forderungen gegenüber sehr zurückhaltend.

Delbrücks Ernennung zum preussischen Handelsminister, die am 19. Oktober 1906 erfolgte, rief manche Ueberraschung hervor. Denn Delbrück gehörte nicht zu den Beamten, aus denen gewöhnlich die preussischen Minister entnommen werden, nicht zu jenen, die schon früher einem Ministerium angehört, sei es als Rat, Abteilungsleiter, oder gar Unterstaatssekretär. Er galt auch nicht als das, was man unter einem handelspolitischen Fachmann versteht. Denn er hatte sich seine ganze Beamtenlaufbahn in einer Provinz abgedient, in der der politisch wichtigste Zweig seines Amtes, die Bergbauverwaltung, gar keine Rolle spielte und für die auch sonst die Fragen seines Ressorts nur geringe Bedeutung besaßen, in Westpreußen. Am 19. Januar 1896 in Halle als Sohn eines Kreisarztes geboren, studierte er in Halle, Heidelberg, Greifswald und Berlin die Rechte. Dann kam die Verwaltungslaufbahn ein und wurde 1892 Regierungsdirektor in Marienwerder, 1895 Landrat in dem Kreis Marienwerder, 1899 wurde er als Regierungsrat zum Oberpräsidenten in Danzig versetzt. 1906 wählten ihn die Danziger Bürger zum Oberbürgermeister. Solche Ueberränge von höheren Verwaltungsbeamten in die kommunale Laufbahn sind ja nichts Seltenes. Ungewöhnlicher ist es schon, wenn diese Beamten später wieder in den Staatsdienst zurückkehren. Dies war aber bei Delbrück der Fall. Er

wohl er sich gut in den kommunalen Dienst einzufügen gewöhnt hatte, obwohl er auch manchen Erfolg als Oberhaupt der alten Danzstadt an der Weichsel zu verzeichnen hatte, nahm er doch im Jahre 1902 eine Berufung zum Oberpräsidenten der Provinz an, die ihm zur zweiten Heimat geworden schien. Als er nun zu vieler Ueberraschung drei Jahre später mit dem Handelsministerium betraut wurde, warteten seiner Verhältnisse, die sich zumal für einen Nicht-Fachmann recht schwierig anließen. Die Bergarbeiterbewegung, im Ruhrrevier, die zu Anfang des Jahres in einem gewaltigen Ausmaß zum Ausdruck gekommen war, wie auch die Preispolitik des Kohlenhandels hatten die preussische Bergbauverwaltung vor Aufgaben gestellt, deren Lösung viel Energie und Umsicht, viel Unparteilichkeit und Takt zu erfordern schien. Vielleicht trug das gerade zu Delbrücks Berufung bei; vielleicht traute man ihm, dem nichtfachmännischen Beamten, eine größere Energie und eine größere Freiheit von vorurteillichen Anschauungen und Urteilen zu als seinem Vorgänger Wölke, der ja den Reiz der weisfälligen Kammerindulgenz enthielt. Gleichwohl fand auch nach Delbrücks Amtsantritt das Verhalten des preussischen Bergbaus gegenüber den Syndikaten, dem Kohlen- wie dem Kalkhandels, heftige Kritik; man tadelt, daß der Fiskus, anstatt die Interessen der Allgemeinheit zu wahren, als Grubenbesitzer allzu sehr auf den Gewinn bedacht sei und als Mitglied des Kohlenhandels nichts tue, um dies an einem Hochhalten der Preise zu hindern. Und für diese Politik schien in letzter Linie Delbrück als oberster Leiter der Bergverwaltung verantwortlich. Für die sozialen Forderungen der Bergarbeiter zeigte der neue Minister geringes Entgegenkommen. Bei der Beratung der Novelle, die eine unmittelbare Folge des großen Ausbruchs, die Vertreibung der Bergarbeiter in den Annapassanten regeln sollte, ließ er es geschehen, daß die Mehrheit des Abgeordnetenhauses die geheime Abstimmung bei den Annapassantenwahlen ablehnte. Am 18. Februar 1909 aber erklärte er: daß das Verhältnis zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer nur durch gesetzliche Bestimmungen und nicht zwischen den beiden Parteien selbst geregelt werden könne, wie das bei guten Beziehungen möglich sei, habe Gefahren für beide Teile im Gefolge. Von einer besonderen Vorliebe für weitere soziale Jugendschancen ließ sich in diesen Worten gerade nichts verspüren. Wohl hatte in demselben Jahre 1909 die neue Novelle zum Berggesetz, welche die Einrichtung der Sicherheitsmänner vorsah, einer wichtigen sozialen Forderung der Arbeiterchaft Erfüllung gegeben. Aber gleichwohl erwartete man von Delbrück in dem Amt, das man einst als das Ministerium für Sozialpolitik bezeichnet hatte, gerade auf dem Gebiete der Sozialpolitik eine sonderlich regere Betätigung.

Wenn dennoch in den ersten Jahren von Delbrücks Amtsführung große sozialpolitische Aufgaben gelöst wurden, so lag das in erster Linie in der Politik der Reichsregierung begründet. Die von Herrn v. Bethmann-Hollweg immer wieder betonte Notwendigkeit positiven Schaffens, durch das die Bedürfnisse der Kämpfe um die Reichsfinanzreform (Schmerzlos befriedigt werden sollten, ankerte sich in dem Ocker und in der Gerechtigkeit der Reichsämter, den Wünschen des Reichstags nach Möglichkeit nachzukommen, damit auf diese Weise positive Arbeit geleistet werde. Delbrück hat unabweisbar mit großer Gewandtheit diese Richtlinien des Kanzlers zur Tat werden lassen; davon zeugt die Durchführung nicht nur der sozialpolitischen Vorlagen, sondern auch die Erledigung des bei unumkehrtem Entwurfes über die Schiffahrtsgesetzen und des nicht minder heftig umstrittenen Kalimonopols.

Als daher der neue Reichstag eine Zusammenkunft aufwies, die auf einen lebhaften Betätigungsdrang in der sozialen Gesetzgebung schließen ließ, konnte man wohl erwarten, daß sich Delbrück auch mit der neuen Mehrheit gut stellen werde, mochte er auch persönlich ein bedächtiges Vorgehen in der Sozialpolitik wünschen. Die Väterzeitnisse haben es ja nun mit sich gebracht, daß der Reichstag in den ersten zweieinhalb Jahren seiner Legislaturperiode so gut wie ausschließlich von Fragen der Reichsverteidigung beziehungsweise deren Kostendeckung beherrscht war. In dem Aufgabenkreis des Reichsamts des Innern trat von selbst eine gewisse Ruhepause ein. Daß diese Entwicklung Delbrücks Anschauung entgegengesetzt, das erklärte er in einer großen Rede am 20. Januar 1914 unzweifelhaft. Er betonte dort, daß wir durch die Reichsversicherungsordnung in unserer sozialpolitischen Gesetzgebung zu einem gewissen Abschluß gelangt seien. Dementsprechend verhielt er sich auch allen Anregungen auf eine Arbeitslosenversicherung durch das Reich zurückhaltend. Ingleich allerdings widersetzte er in Uebereinstimmung mit der großen Mehrheit der Reichsboten einer Verringerung der Bestimmungen zum Schutze der Arbeitswilligen; die Angriffe, denen er sich um dessentwillen von konservativer Seite ausgesetzt sah, ließen im Frühsommer 1914 Gerüchte von des Staatssekretärs bevorstehendem Rücktritt aufkommen, die freilich rasch als unzutreffend bezeichnet wurden.

So verhältnismäßig geringfügig die Ausbeute der ersten Hälfte der neuen Legislaturperiode für Delbrücks Werk war — zu erwähnen ist hier nur das Gesetz über den Verlust und Erwerb der Staatsangehörigkeit, das alten Wünschen unserer Auslanddeutschen entsprach —, für die zweite Hälfte schenkte der Reichstag noch eine große, schwierige

Aufgabe zu erwarten: die Erneuerung unserer Handelsverträge. In seiner vorhin erwähnten Rede vom 20. Januar 1914 hat er durchblicken lassen, daß die deutsche Regierung nicht die Initiative zur Neuordnung unserer Handelsbeziehungen zum Auslande ergreifen werde, daß sie vielmehr erst abwarten werde, was die Vertragsstaaten tun würden. Es schien so, als ob Delbrück gegenüber den agrarischen Forderungen nach einem „kostenlosen Zolltarif“ und angesichts der starken antisozialistischen Widerstände im Reichstag die von vielen Seiten geforderte Neugestaltung unseres Zolltarifs möglichst hinauszuhalten wünsche.

Der Weltbrand, der dann im Sommer 1914 ausbrach, hat ja wie so manche anderen Einrichtungen auch unsere Handelsbeziehungen zum Auslande von Grund aus zerstört. Mit und nach dem Frieden sie wieder aufzubauen, das wird eine der am schwersten zu erfüllenden Forderungen der kommenden Jahre sein. Bisher blieb Delbrück, der den Kanzler während des Krieges in der Heimat vertrat, die Sorge, unsere Volksernährung auch in den Zeiten der handelspolitischen Isolierung sicherzustellen. Daß die Reichsregierung nur abgernd daran ging, unsere Versorgung mit Lebensmitteln so zu regeln, daß sich die Aus- und Einfuhr vor allem der Briten als unwirksam erweisen mußten, wurde scharf getadelt. Und wenn man auch die Schwierigkeiten solch tiefer Eingriffe in das private wirtschaftliche Leben, wie sie die Monopolisierung verschiedener wichtiger Lebensbedürfnisse darstellte, nicht verkannt und wenn man auch berücksichtigt, daß die Reichsleitung an die Zustimmung der oft von auseinandergehenden Interessen beeinflussten Bundesstaaten gebunden war, ein Mann die Zustimmung der oft von auseinandergehenden Interessen war, hätte sicher fester und rascher zugepackt, um das Unvermeidbare zu tun.

Delbrück aber schloß eben, das bewies seine ganze staatsmännische Laufbahn, doch dieser schöpferische Geist. Er hat in gewissenhafter Treue zu bewahren und fortzubilden gesucht, was er übernahm, und hat dabei große parlamentarische Gewandtheit an den Tag gelegt, aber über die Gabe, neue Wege zu finden, neue Mittel auch gegen harte Widerstände durchzusetzen, verfügte er nur in beschränktem Maße.

Wer wird Delbrücks Nachfolger?

Berlin, 13. Mai. (Sig. Tel. Genf. Bl.)

Ueber die Nachfolge des Staatssekretärs Dr. Delbrück ist eine endgültige Entscheidung noch nicht bekannt. Zwei Namen stehen im Vordergrund der Mutmaßungen: Helfferich und Graf Roederer. Der Staatssekretär des Reichshausamtes hat sich in seinem Ressort sehr einnehmend mit allen Fragen der Kriegswirtschaft zu beschäftigen gehabt. Der Staatssekretär für Eisen-Vorbringen hat sich in allen bisher von ihm bekleideten Verwaltungsposten, besonders im Kreise Nieder-Barnim, sehr bewährt.

Amtlicher deutscher Tagesbericht.

Großes Hauptquartier, 13. Mai. (Amtlich.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Zwischen Argonnen und Maas fanden an einzelnen Stellen lebhafteste Handgranatenkämpfe statt.

Versuche des Feindes, in den Wäldern von Avancourt und Malancourt Boden zu gewinnen, wurden vereitelt. Ein feindlicher Nachtangriff südwestlich des „Toten Mannes“ erstarb in unserem Infanteriesektor. Auf dem östlichen Maasufer erlitten die Franzosen bei einem mißglückten Angriff am Steinbruch westlich des Albinwaldes beträchtliche Verluste.

Ein deutscher Kampfflieger (hoch über dem Walde von Bourgnon) südwestlich von Laon) einen feindlichen Doppeldecker ab. — Südwestlich von Arras wurde durch unser Abwehrfeuer am 11. Mai ein englischer Flugzeug zum Absturz gebracht und vernichtet.

Ostlicher Kriegsschauplatz.

Nördlich des Bahnhofes Selburg wurde ein russischer Angriffsversuch gegen die kürzlich angenommenen Gräben durch unser Artilleriefeuer im Keime erstickt; mehr als 100 Russen wurden gefangen genommen.

Balkan-Kriegsschauplatz.

Keine besonderen Ereignisse.

Oberke Heeresleitung.

Künftig hat die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands eine Uebersicht über die bisher begründeten Arbeitsgemeinschaften der Kriegsschädigtenfürsorge herausgegeben. Es geht daraus hervor, daß die Arbeitnehmerverbände mit großer Energie auf angemessene Lohn- und Arbeitsbedingungen für die Kriegsschädigten hinarbeiten. So sehr auch viele Arbeitgeber gerade den Kriegsschädigten gegenüber sich großzügig verhalten, so wird doch angestrebt, daß die Arbeiterverbände durch tarifliche Gemeinschaft für die Kriegsschädigtenfürsorge herangezogen werden. In der genannten Uebersicht heißt es, daß bei unerbittlicher Beeinträchtigung der Erwerbsfähigkeit im allgemeinen der tarifliche oder in dem betreffenden Beruf übliche Lohn gezahlt werden sollte, und bei Affordarbeit der gleiche Affordlohn, den auch die gesunden Arbeiter erhalten. In den Fällen, wo eine erheblichere Behinderung der Erwerbsfähigkeit der Arbeiter oder Angehörigen besteht, sollte der Lohn besonderer Vereinbarung unterliegen. Die Lohnbemessung solle grundsätzlich nur auf Grund der Arbeitsleistung und nicht nach der Höhe der den Kriegsschädigten gewährten Rente erfolgen. Es ist wohl eine sehr zu bedenkende Erwägung dieser Bestimmungen zu erwarten und zur Vermeidung von Mißbilligkeiten, die nach dem Kriege besonders unerwünscht wären, sehr zu empfehlen. Nur so würde eine Garantie geschaffen werden, daß der als richtig bekannte Grundsatz der Lohnbemessung auch wirklich durchgeführt wird. Es handelt sich hier um ein äußerst wichtiges Problem, von dessen vernünftiger Lösung nicht nur das Glück der Kriegsschädigten selbst abhängt.

Oberbürgermeister Gläffing über die Lebensmittelversorgung Wiesbadens.

Die in der vorigen Nummer bereits im Auszug wiedergegebene Rede des Herrn Oberbürgermeisters Gläffing über die Versorgung Wiesbadens mit Lebensmitteln hatte folgenden Wortlaut:

Meine Herren! Der Magistrat hat den Wunsch, die Lebensmittelverorgungsfrage mit Ihnen einer Besprechung zu unterziehen, bei dieser Gelegenheit über seine Tätigkeit auf diesem Gebiete zu berichten und die hauptsächlichsten Erfolge richtigzustellen, die über diese Frage immer wieder verbreitet werden. Ich bin selbstverständlich nicht in der Lage, Ihnen über die gesamten Vorgänge und die schwierigen Zusammenhänge auf diesem Gebiete Auskunft zu geben; ich will mich lediglich an die Versorgungsfrage Wiesbadens halten, will Ihre Abhängigkeit von der Versorgungsfrage des gesamten Reichsgebietes und des preussischen Staates erläutern und vor allem zunächst auch der Machtvollkommenheit gedenken, die die städtische Verwaltung zurecht in der Versorgungsfrage noch besitzt. Hierzu bin ich geradezu gezwungen durch die oft jedes Maß überschreitenden Erwartungen und Forderungen, die man besonders im zweiten Kriegsjahre an die Tätigkeit der städtischen Verwaltung zu stellen sich für berechtigt hielt, und hierbei schließe ich mich gerne der Kundgebung des Berliner Magistrats an, der sich aufs allerentschiedenste gegen den Versuch wagt, den Gemeindevorständen die Fehlschläge und Enttäuschungen auf dem Gebiete der Lebensmittelversorgung kurzer Hand zur Last zu legen.

Meine Herren! Ich sprach von der Machtvollkommenheit der Gemeinde, von ihrer Zuständigkeit in der Lebensmittelversorgung. Und hier will ich einen Teil dieser Frage in die heftige Beleuchtung stellen, die meine das Recht der Gemeinden, selbst oder durch Vermittlung des Handels als Käufer von Lebensmitteln aufzutreten zwecks einer ausreichenden Versorgung ihrer Bevölkerung. Gerade in diesem Punkte scheinen immer noch die schwersten Mißverständnisse vorzuliegen, denn anders kann ich mir die vielen gänzlich ungetreuen Vorwürfe gegen die städtische Verwaltung, wie sie sich in Briefen und Veröffentlichungen finden, nicht erklären. Im ersten Kriegsjahre und noch bis in die Hälfte des zweiten Kriegsjahres bot sich für die Gemeinden Gelegenheit, im Ausland und Inland als Käufer von Waren aufzutreten, sei es durch eigene Kommissionäre, sei es durch die Vermittlung des Handels. Von dieser Gelegenheit hat die städtische Verwaltung reichlich Gebrauch gemacht. Und wenn im ersten Kriegsjahre und in den ersten Monaten des zweiten Kriegsjahres die Lebensmittelversorgung Wiesbadens durchaus erträglich und günstig war, so war das lediglich dem Zustande zu verdanken, daß noch reichlich Waren im freien Verkehr waren, so daß die Gemeinden und großen genossenschaftlichen Organisationen wie die Konsumvereine, ferner Groß- und Kleinhandlärer, noch immer Gelegenheit zum Einkauf fanden. Aber dann wurden die Lebensmittel knapper und die Einfuhr aus dem Auslande immer geringer.

Durch die vielen Aufkäufer im Auslande wurden die Waren stark verteuert und es ergab sich schon mit Rücksicht auf die Mangel unserer Geldes für das Reich die unbedingte Notwendigkeit, als alleiniger Käufer im Auslande aufzutreten, das heißt die gesamte Einfuhr aus dem Auslande zu zentralisieren in einer Hand, das heißt im Reichsamt des Innern, als dessen Bevollmächtigter anzusehen ist die Zentraleinkaufsgesellschaft zu Berlin. Die Zentralisation des Auslandseinkaufes ist nahezu lückenlos durchgeführt. Die Gemeinden selbst sind als Käufer im Auslande ausgeschlossen; die von der Zentraleinkaufsgesellschaft gekauften Waren werden von dieser auf die Gemeinden nach einem bestimmten Umlageverfahren in Anrechnung an die Bevölkerungsziffer verteilt. Zugleich aber, meine Herren, ist bezüglich der Verteilung der im Inlande befindlichen Vorräte, wenigstens bezüglich der wichtigsten Lebensmittel, eine Zentralisierung erfolgt in der Hand einiger Reichsstellen und Staatsbehörden; ich nenne hier nur die Reichsgüterstelle, die Reichsstarkeisstelle, die Reichsfleischstelle, die Reichszuckerstelle, die Reichsfuttermittelstelle, den Kriegsausfuhr für pflanzliche und tierische Oele und Fette, den Kriegsausfuhr für Kaffee, Tee und deren Ersatzstoffe, die Kriegsfaserstoffstelle, die Kriegsgewandstoffe, die Kriegszentralen für Reis, Butter und Schmalz ist die Aufstellung des Verteilungsplanes Sache der Reichs- und Staatsbehörden. Auch im Inlande sind also nur noch wenige Waren nicht beschlagnahmt und dem freien Einkauf durch die Gemeinden geöffnet.

Aus allen diesen Ausführungen folgt — und ich lege den allergrößten Wert darauf, dies nachdrücklich zu betonen —, daß

die Gemeinden nicht mehr in der Lage sind, nach Belieben Nahrungsmittel herbeizuschaffen,

daß sie vielmehr in der Hauptsache auf die Zuteilung der Waren aus den genannten Gesellschaften angewiesen sind, und daß hiernach Vorwürfe gegen eine Gemeindeverwaltung wegen mangelnder Tätigkeit auf dem Nahrungsmittelmarkt unberechtigt sind.

Zur Erleichterung des Verständnisses für meine späteren Ausführungen bemerke ich noch, daß sich die vorgenannten Reichsstellen zur Erfüllung ihrer Aufgaben noch pro regionaler Organisation bedienen; für unseren Bezirk kommt in Frage die Provinzialstelle in Kassel, der Viehhandelsverband und die Rhein-Mainische Lebensmittelstelle in Frankfurt, die im Auftrage der Reichsstellen die Verteilung von Kartoffeln, von Fleisch und der übrigen Lebensmittel für ihren Bezirk vornehmen.

Aber es ergibt sich aus diesen Zentralisationen der Auslandseinfuhr und der Inlandsvorräte noch die andere, unermesslich wichtige Folge, daß die Gemeinden bestrebt sein müssen, die ihnen zugeteilten, an und für sich gerade ausreichenden Vorräte

ausschließlich für ihre eigene Bevölkerung zu verwenden. Wenn sie bei sich kaufen durch Fremde, Reisende und Vorortbewohner, so schmälern sie die Vorräte, die ihnen nach der Bevölkerungsziffer in wohl ausreichender, aber immer knapper Form zugeteilt werden, zumungunsten der Ernährung ihrer eigenen Bevölkerung, und ich bitte Sie, meine Herren, Stadtverordneten und die gesamte Bevölkerung Wiesbadens, diesen Punkt bei der Verteilung der Magistrateverordnung vom 1. Mai, welche die Verteilung der Lebensmittel für die eigene Bevölkerung bestimmt, zu berücksichtigen. Schon allein die eben geschilderte Sachlage rechtfertigt die unbedingte Notwendigkeit des Erlasses dieser Verordnung. Für Wiesbaden speziell kommen noch folgende Gründe hinzu:

Die Vororte
Wiesbaden kaufen bei uns; allein die Orte Viernstadt, Reichartshausen, Dohheim und Erbenheim stellen eine Bevölkerungsziffer von 30 000 Einwohnern dar, bei der ein Drittel der gesamten Wiesbadener Bevölkerung, das heißt ein erheblicher Answahl der Fremden, auf die Friedensziffer von durchschnittlich 100 000 anwesenden Fremden täglich; ferner trat er-

schwerend hinzu, daß Einwohner der Stadt Mainz hier ihre Bedürfnisse deckten, während umgekehrt der Wiesbadener in Mainz nichts kaufen konnte, weil Mainz sich abgeschlossen hat und wir im übrigen an der Grenze eines Staates liegen, der die Ausfuhr von Lebensmitteln verboten hat, wie überhaupt der Abschluß der süddeutschen Staaten, nicht nur Hessens, sondern auch Bayerns und Württembergs, jede Hoffnung Wiesbadens, von dort Lebensmittel zu bekommen, vernichtet hat. Halten Sie sich diese Lage vor Augen und fragen Sie sich, ob der freie Einkauf der Lebensmittel durch Vorortsbewohner, Kurfremde und Bewohner der Stadt Mainz noch aufrecht zu erhalten war in einem Augenblicke, in dem der städtischen Verwaltung durch die Zentralisation der Nahrungsmittelverteilung die Möglichkeit entzogen war, die großen Mengen von Nahrungsmitteln, die der eigenen Bevölkerung durch diesen freien Einkauf von Nicht-Wiesbadenern entzogen wurden, wieder zu erhalten. War das noch möglich in einem Augenblicke, in dem die Wiesbadener selbst in Zukunft damit zu rechnen hatten, daß die ihnen zugewiesene Menge von Nahrungsmitteln durch Fremde erheblich in Anspruch genommen wurde und damit die Ernährungsfrage der eigenen Bevölkerung in Frage gestellt werden mußte? Die gestellte Frage kann nur verneint werden, und es muß hinzugefügt werden, daß noch erhebliche Auswüchse auftraten, das insbesondere von Fremden in einzelnen Fällen große Mengen Nahrungsmittel gekauften und nach Hause verfrachtet wurden. Ich stelle die weitere Frage: Wer hätte den Magistrat entlastet, wenn bei Belastung des leiblichen Zustandes ein plötzlicher Mangel an Lebensmitteln eingetreten wäre? Vielleicht diejenigen, die vor wenigen Tagen diese Verordnung am lautesten kritisierten? Ich glaube kaum!

Und, meine Herren, noch ein überaus wichtiges Moment: Wenn wir dem freien Einkauf in Wiesbaden durch Fremde und Vorortsbewohner trotz der knappen werden den Nahrungsmittel solange zusehen konnten, so lag dies an der Tatsache, daß wir noch vor der voraussetzenden Zentralisation des Nahrungsmittelkaufes eingekauft haben, was wir nun konnten. Nicht überall hat diese weite Voraussetzungen gewaltet, besonders auch nicht in den Landkreisen. In den Landkreisen ist wenig aufgekauft und aufgespeichert worden, und in diesem Punkte liegt auch die durch den plötzlichen Erlaß unserer Verordnung gegebene

Verlegenheit unserer Vorortsbewohner,

die umso größer ist, als die Rhein-Mainische Lebensmittelstelle in Frankfurt, die ja nicht nur für die Stadt, sondern auch für die Landkreise des Regierungsbezirks zu sorgen hat, sich noch im Gründungsstadium befindet und noch nicht in der Lage war, die Stadt- und Landkreise mit ausreichenden Lebensmitteln zu versorgen. Das war auch der Grund, weshalb wir uns zu einem Entgegenkommen gegenüber den Vororten in einer Milderung unserer Verordnung vorläufig verstanden haben. Die Aussicht auf die Abschneidung der Milchzufuhr hat uns nicht geschreckt; wir wissen, daß diese Milchzufuhr kraft Verfügung des Generalcommandos der Stadt gewährleistet ist.

Die Herren Bürgermeister der Vororte haben die Sachlage auch völlig richtig eingeschätzt. Es haben sich in unseren Verhandlungen nicht die geringsten Schwierigkeiten ergeben; die Herren haben die Gegenleistung der Lieferung ihrer freien Erzeugnisse für unsere Stadt übernommen und im übrigen die gemeinsame Angehörigkeit zu Wiesbaden in einer so beherzenden Weise betont, wie ich sie aus den vor drei Jahren geführten Eingemeindungsverhandlungen nicht gekannt habe. Wir haben die redliche Absicht, mit dem Landkreise zu einem gemeinsamen Versorgungsrecht zu gelangen, aber wir müssen noch abwarten, was die Rhein-Mainische Lebensmittelstelle leisten kann. Bei einem Verlangen dieser Stelle hätte die Kosten der Versorgung der Vorortsbewohner allein Wiesbaden zu tragen, und das kann es nicht! Das ist eine Unmöglichkeit; das hieße nichts anderes, als die Aufzehrung unserer mühsam und mit großen Kosten zusammengebrachten Reserven durch die Vororte. Im übrigen freut es mich ganz besonders, festzustellen, daß die Herren Bürgermeister der Vororte die Tätigkeit unserer Verwaltung auf dem Lebensmittelmarkt und unser Entgegenkommen freudig anerkannt haben. Vielleicht wird auch die Lage für die Vororte dadurch besser, daß der Kommunallandtag einem wesentlichen Grund des Verlangens der Lebensmittelverteilung der Landkreise durch die Bewilligung eines Kredits von 6 Millionen Mark für die Rhein-Mainische Lebensmittelstelle abgelehnt hat. Waren wir also ab, wie sich diese Sache entwickelt. Ob und wie lange wir unser Entgegenkommen aufrechterhalten können, steht dahin. In welchem Maße wir den Vororten bis auf weiteres Entgegenkommen bewilligen haben, haben Sie aus den Zeitungen erfahren. Das Entgegenkommen gegenüber den

Kurfremden

mußte erheblich geringer sein; sie erhalten ihre Ernährung durch die Hotels, und es mußte genügen, wenn wir die Schokolade, Reis und Zwieback, alle Arten Obst mit Ausnahme der Marmelade, frischen Spargel und Seife bis auf weiteres den Fremden freigegeben haben.

Was wir den Vorortsbewohnern unter keinen Umständen freigeben konnten, waren Fleisch und Butter aller Art, Fette und Oele, Eier, Backwaren und die hauptsächlichsten Kolonialwaren, insbesondere Reis, Hülsenfrüchte, Getreide, Gewürze, Feigwaren und Zucker. Die Gründe dieser Verweigerung hängen mit dem Stande unserer eigenen Versorgung aufs engste zusammen. Zunächst zum

Fleisch

Die Quellen unserer Fleischversorgung sind, da wir selbst Vieh nicht mehr aufkaufen dürfen, 1. der Viehhandelsverband Frankfurt, 2. die Zentraleinkaufsgesellschaft bezüglich dänischen Fleisches und ausnahmsweise 3. die Lieferung von Schweinefleisch aus der Provinz Hannover. Wir haben diese drei Stellen mit gleicher Energie und Hartnäckigkeit bearbeitet. Die hannoversche Stelle kam eigentlich für uns gar nicht in Frage, weil von dieser aus nur Gemeinden mit überwiegend industrieller Bevölkerung mit Fleisch versorgt werden sollen; dennoch gelang es mit Hilfe der Regierung zu Wiesbaden, für uns wenigstens 400 Schweine zu ergattern. Die Zeitungsnote, daß wir uns offenbar nicht rechtzeitig gemeldet hätten und deshalb gegenüber Frankfurt in Nachteil gekommen wären, entspricht nicht der Wahrheit. Wir legen für die Nichtabnahme dieser Rostia durch die Regierung selbst unseren verbindlichsten Dank, wie wir überhaupt nicht zu klagen haben über das gemeinsame Zusammenarbeiten mit der Regierung. Sie unterstützt uns, wo sie nur kann, aufs wärmste. Dänisches Fleisch haben wir bekommen von der Zentraleinkaufsgesellschaft, was wir bekommen konnten; es hat nur den Nachteil, außerordentlich teuer zu sein; auf die Dauer kann die Versorgung auch auf diese Weise nicht gegründet werden.

Es bleibt noch der Viehhandelsverband, der am 15. April seine Tätigkeit begonnen hat in einer für die Fleischversorgung ungemein ungünstigen Zeit und in einem sehr warmen Bezirk. Er hat zunächst auf das Vieh im Regierungsbezirk zurückzugreifen und muß im übrigen versuchen, aus viehreichen Bezirken die Uberschüsse zu erhalten.

Die gesamte Fleischversorgung Wiesbadens brückt sich in der Tatsache aus, daß das seit dem 15. April aus den vorgenannten drei Bezugsquellen erhaltene Fleischquantum bei gleicher Verteilung auf die gesamte Bevölkerung auf den Fleischtag und Kopf der Bevölkerung 45 Gramm ausmachen würde. Unter solchen Verhältnissen kann man natürlich keine Fleischkarte einführen, das ist wohl naheliegend. Nun muß man bedenken, daß das Vieh einen harten Winter überstanden hat und daß unsere vorjährige Futtermittelernährung sehr schlecht war; das Vieh ist mager und muß erst durch die Weide gehen, und die jetzt reich ausfallende Futtermittelernährung ist zu Nutzen machen. Es wäre ein förmliches Verbrechen, jetzt auf große Abschlächtungen zu drängen. Haben wir also Geduld, es wird schon besser werden, zumal noch zahlreiche Vieh vorhanden ist.

Und der Eintritt der Besserung, das Auftreten größerer Fleischzufuhr in absehbarer Zeit, muß zusammenfallen mit einer gerechten Regelung der Fleischverteilung. Diese Regelung soll zunächst vorbereitet werden durch eine Verordnung über die Kontrolle des Fleischverbrauchs, die sofort in Kraft zu treten hat. Es hat zu diesem Zwecke eine allgemeine

Bestandsaufnahme über alle Fleisch- und Wurstvorräte,

gleichviel welcher Art, stattzufinden, sowohl in den Hotels, Restaurationen und Anstalten wie auch in den privaten Haushaltungen. Die Hotels, Wirtschaften usw. haben vom 15. Mai ab ihren gesamten Fleischverbrauch, gleichviel ob aus Vorräten kommend oder aus Ankäufen, anzugeben. Kaufen können sie Fleisch und Wurst nur noch gegen vom Magistrat ausgestellte Fleischbezugskarten. Auf diese Weise wird der Gesamtverbrauch an Fleischwaren in den Hotels und Restaurationen festgestellt. Die Ergebnisse dieser Verbrauchs- und Bestandsaufnahme müssen bis zum 1. Juni vorliegen und werden dann verwertet zu einer allgemeinen Versorgungsregelung. Sie sollen Aufschluß geben, ob und inwieweit auf dem Wege der Fleischkarte eine bessere Regelung erfolgen kann. Bis dahin wird auch die Versorgung durch den Viehhandelsverband wohl besser werden; mindestens wird sich dann übersehen lassen, was für die Zukunft vom Viehhandelsverband zu erwarten ist.

Besonders erschwerend wirkte in Wiesbaden die Tatsache, daß die größte Fleischknappheit zusammenfiel mit der Periode der größten Fremdenzahl. Schwieriger konnte die dadurch geschaffene Lage wahrlich nicht sein. Der Magistrat hat auch hier nichts unversucht gelassen; er hat sich schon am 18. April mit einer persönlichen Eingabe des Oberbürgermeisters an den Herrn Minister des Innern gewandt mit der eingehend begründeten Bitte,

es möge der Staat die Versorgung der Fremden mit Fleisch übernehmen.

Es wurden zunächst für den Hauptmonat Mai bei einer Anwesenheit von täglich 6500 Kurfremden pro Kopf und Fleischtag 160 Gramm Fleisch, im ganzen 728 Zentner, verlangt und es bestand dabei der Gedanke, das gesamte an der Fleisch, das die Stadt vom Viehhandelsverband und sonstigen Quellen erhielt, für die einheimische Bevölkerung allein zu reservieren; eine endgültige Entscheidung auf diese Eingabe, die von der kgl. Regierung warm befürwortet wurde, ist noch nicht erfolgt. Die erwähnte Eingabe vertritt den Standpunkt, daß die Versorgungsfrage für die Kurfremden eine Frage der Erhaltung der wirtschaftlichen Kraft eines außerordentlich wichtigen Erwerbszweiges der Stadt ist, der vor allem im ersten Kriegsjahre und noch im zweiten schwere Verluste erlitten hat und jetzt Gelegenheit haben soll, die hohe Besuchsziffer wenigstens teilweise wieder auszunutzen zum teilweisen Ausgleich früher erlittener Verluste. Wenn auch noch so sehr die Ernährungsfrage der gesamten Bevölkerung in erster Linie, wie sich ganz von selbst versteht, gelöst werden muß, so ist es doch Pflicht einer städtischen Verwaltung, zu versuchen, die Interessen wichtiger Erwerbszweige im Auge zu behalten und sie bis zur Grenze zu fördern, innerhalb der diese Förderung noch in Einklang zu bringen ist mit den Interessen der gesamten Bevölkerung an ausreichender Nahrung. Diesem Zwecke dient jene Eingabe; hoffen wir, daß sie Erfolg haben wird.

Bemerken will ich bei dieser Gelegenheit, daß alle Gerüchte, als ob der Magistrat angeordnet hätte, daß alles seither gelieferte Fleisch in die Hotels und Restaurationen zu kommen habe, unrichtig sind; wir haben uns und mußten uns bisher jedes Eingriffes in den Fleischverkehr enthalten, da ja eine Fleischkarte wegen der geringen Zufuhr nicht eingeführt werden konnte. Und wenn sogar in einer Zeitung gesagt wurde, der Magistrat schide das beinahe alle Fleisch in die Hotels und die Knochen an die Bevölkerung, so ist das eine böswillige Entstellung, die auf der gleichen moralischen Höhe steht, wie die von derselben Zeitung verbreitete Mitteilung, daß die Antimotilität des Magistrats gegen die minderbemittelte Bevölkerung täglich härter werde. Meine Herren, es gehört ein ganz außerordentlicher Mangel Verantwortlichkeitsgefühl dazu, solche Behauptungen aufzustellen gegen eine Verwaltung, die sich in der Lebensmittelfrage an Wohlwollen für die minderbemittelte Bevölkerung von Niemand übertreffen läßt und im Vergleich zu anderen Städten unter erheblichen finanziellen Opfern gerade für die minderbemittelte Bevölkerung außerordentliches geleistet hat. Wir tun, was wir können; geht es manchmal nicht so, wie es erwartet wird, so bedenke man die eiserne Macht der Verhältnisse, an der oft der beste Wille zum Scheitern kommt.

Für die nächste Zeit wird nun eine kleine Besserung der Verhältnisse eintreten durch vermehrte Zuweisung aus den Beständen des Viehhandelsverbandes, an den wir übrigens eine Beschwerde wegen ungleicher Verteilung und mangelhafter Verhäftigung Wiesbadens gegenüber Frankfurt richten werden. Es wird uns ferner von der Reichsfleischstelle durch Vermittlung des Oberpräsidiums in Kassel ein Bestand von 80 000 Kilogramm Rinder-Gefrierfleisch überwiesen, die bereits in den Wienerischen Gefrierhäusern in Frankfurt lagern. Auch hier müssen wir leider bei dem Herrn Oberpräsidenten Beschwerde einlegen. Es sind im ganzen überwiesen 500 000 Kilogramm für Frankfurt, Wiesbaden und Kassel; Frankfurt hat 340 000 Kilogramm erhalten, Wiesbaden 80 000 und Kassel 180 000. Da Kassel nur eine um die Hälfte größere Einwohnerzahl wie Wiesbaden hat und überdies in einem sehr viehreichen Bezirk liegt, erscheint diese Zuteilung nicht gerechtfertigt, es sei denn, daß ganz besondere Gründe vorliegen, die wir ja hören werden.

Stadtnachrichten.

Wiesbaden, 13. Mai.

Für Kriegerwaisen.

Der Präsident der Königl. Anstaltungskommission hat seinen Besuch an die Kriegerwaisen in Stadt und Land. Er hat sich mit den Kindern und den Eltern der Kriegerwaisen beschäftigt. Die Familien, die Kinder in die Anstalt bringen, werden von der Anstalt unterstützt. Die Kinder werden in der Anstalt erzogen und erhalten eine gute Ausbildung. Die Anstalt hat auch eine Bibliothek und eine Turnhalle. Die Kinder können dort ihre Freizeit verbringen. Die Anstalt hat auch eine Kantine, in der die Kinder essen können. Die Anstalt hat auch eine Werkstatt, in der die Kinder arbeiten können. Die Anstalt hat auch eine Bibliothek, in der die Kinder lesen können. Die Anstalt hat auch eine Turnhalle, in der die Kinder Sport treiben können. Die Anstalt hat auch eine Kantine, in der die Kinder essen können. Die Anstalt hat auch eine Werkstatt, in der die Kinder arbeiten können.

ganz besonders stark in Erscheinung, wenn man sie mit der früheren folgenden Nummer vergleicht. R. Strauß' „Don Juan“ gehört ganz zweifellos doch auch zu denjenigen neueren Kompositionen, denen man — welcher musikalischen Richtung der Zuhörer auch angehört mag — immer wieder gern und mit dem größten Interesse begegnet. Und doch, welche ganz unerwartliche Unterbrechung zwischen der mit den denkbar einfachsten Mitteln besetzten Beethoven-Symphonie und dieser, mit dem ganzen Reichtum der modernen Orchesterpalette ausgeschatteten Straußschen Tonmalerei! — Geklopft wurden beide Nummern mit jener begeisterten Hingabe, welche die Darbietungen des verklärten Kurorchesters unter Musikdirektor Schürichs zielbewusster und anfeuernder Leitung stets auszeichnet. Der äußere Erfolg war dementsprechend auch ein völlig durchschlagender, und Herr Schürich nach jeder Nummer Gegenstand der warmsten und herzlichsten Beifallsbekundungen. — Eine äußerst glückliche Hand hatte die Kurdirektion bei der Wahl des Gesangssofisten, des Baritonisten Herrn Josef Schwarz, von der Berliner Hofoper, bewiesen. Seit langer Zeit hat wohl kein anderer Sänger, selbst Slezak nicht, sich im Kurhaus eines so außerordentlich einheitlichen, beinahe sensationellen Erfolges zu erfreuen gehabt, als Herr Schwarz, der gleich mit seiner ersten Nummer, der bekannten „Madonnenarie“ einen Beifallsturm entfesselte, der durch die folgenden in ihrer Art gleich vorzüglichen Vorträge kaum noch überboten werden konnte. Wenn auch die Wahl des großen „Jago-Monologs“ aus Verdis „Otello“ für den Vortag im Koncertsaal noch dazu am Schluss des Programms, als ziemlich verfehlt und für den Sänger nicht besonders günstig zu bezeichnen war, so schloß es doch auch hier nicht an immer neuen, enthusiastischen Beifallsbekundungen, die auch dann noch kein Ende nehmen wollten, als der Künstler H. Wolffs „Verfluchte Liebe“ (mit Klavierbegleitung) als Zugabe spendete und sich auch auf diesem Gebiete als ein ebenso mit glänzenden Stimmmitteln ausgestatteter, wie fein gebildeter und warm empfindender Künstler bewährte. Wir hoffen, den trefflichen Sänger recht bald wieder bei uns zu begrüßen. F. K.

Wochenbericht der militärischen Vorbereitung der Jugend der Stadt Wiesbaden.

Jugendkl. 148: 17. Mai Exerzieren im Jugendheim; 19. Mai Turnen in der Turnhalle an der Platter Straße; 20. Mai 9 Uhr Antreten am Vorelerting zum Nachdienst. Jugendkl. 149: 16. Mai Turnen; 18. Mai Exerzieren im Jugendheim. Jugendkl. 150: 18. Mai 8 1/2 Uhr Turnplatz auf dem Hülberg; 19. Mai Germaniaplay, Entfernungsschägen usw.; 20. Mai 9 Uhr Antreten am Vorelerting zum Nachdienst. Jugendkl. 151: 15. Mai Exerzieren und Reiten im Jugendheim; 18. Mai Zielen im Hof des Bezirkskommandos; 20. Mai 9 Uhr Antreten am Vorelerting zum Nachdienst. — 16. und 19. Mai Ueben der Spielente der vier Kompanien im Jugendheim. 20. Mai Unterricht der Sanitätsmannschaften. — Die Uebungen an den Wochentagen beginnen, wenn nichts anderes angegeben, abends 8 1/2 Uhr.

Kriegsgedenktage der Wiesbadener Truppenteile.

Infanterieregiment Nr. 353.

Am 13. Mai 1915 beginnen die Russen Merit bei Nowosel und dann nach Osten fortschreitend vor der Front des Regiments abzubauen. Am 14. Mai 1915 geht das Regiment auf der Brücke südlich Grotowice zur Unterbrechung einer österreichischen Division über die Pilica; da es nicht mehr auf einen Feind stößt, kehrt es am Abend desselben Tages in seine alten Stellungen zurück. Bis zum 18. Mai 1915 Stellungskampf bei Stralski.

Aus den Vororten.

Sonnenberg.

Lebensmittelanzeiger. Auf Grund der bereits gemeldeten Vereinbarung zwischen dem Magistrat der Residenzstadt Wiesbaden und den Verwaltungen der Vorortgemeinden sollen für jede Familie für den Anlauf von Lebensmitteln Ausweisarten ausgestellt werden. Die Vorbrücke für diese Ausweisarten sind nunmehr fertiggestellt. Die Herausgabe der Karten erfolgt auf mündlichen Antrag der Haushaltungsvorstände hier im Rathaus.

Nassau und Nachbargebiete.

○ Nassau, 12. Mai. Ueberfahren. Beim Einheigen in die Nebenbahn Nassau-Eisenhütte kam heute vormittag die in der Kriegesgefangenen-Küche der Eisenhütte beschäftigte Frau Benzula so unglücklich zu Fall, daß sie mit einem Stein unter die Räder kam und überfahren wurde.

Alten, 13. Mai. 300 Zentner verheftetes Fleisch beschlagnahmt. Zu dem skandalösen Fall der Fleischbeschneidung des Metzgermeisters Sommer wird noch gemeldet, daß die Fleischmengen doppelt so groß sind, als bisher angenommen wurde. Bisher wurden aus den verschiedenen Aufkäuferbüros Sommers 25 000 Pfd. gute, 5000 Pfd. minderwertige und 9000 Pfd. total verdorbene Fleischwaren beschlagnahmt. Die Fleischwaren sind dem Zoologischen Garten zur Fütterung der Raubtiere überwiesen worden.

Gericht und Rechtspflege.

F.C. Straßkammer. Wiesbaden, 12. Mai. Weil sie 4 Zentner Kartoffeln, die sie nicht besaßen, verkauft und sich den Wert dafür in Höhe von 16 Mark erschwandeln, erhielt der Tagelöhner Wilhelm Fr. von hier und Karl H. aus Aurigen, zwei hinter den schwebenden Gardinen sitzenden Großgewandene, je 9 Monate Gefängnis. — Die 53jährige Ehefrau E. W. wurde wegen Ruppel von der Straßkammer zu 2 Wochen Gefängnis verurteilt.

Der Sport des Sonntags.

Erstes Kriegstreffen in Wiesbaden.

Am 14. Juli 1914 erklangen das letztemal die Startglocken auf unserer prächtigen Bahn hinter Erbenheim. Später hätte es damals aben können, daß kaum drei Wochen später die Kämpfe auf dem grünen Rasen ihre Fortsetzung finden würden in dem völkerverwundenden Kampf an allen Grenzen des Reiches gegen eine ganze Reihe von Gegnern, die sich als Kampfpfeile nicht weniger als die Zerschmetterung des Deutschen Reiches zum Ziel gesetzt haben. Nun, Gott sei Dank, dank der Selbsttätigkeit unserer tapferen Truppen unter ihren glänzenden Führern, dank des unentwegten Aushaltens hinter der Front werden auch in diesem Rennen Deutschland und seine wackeren Verbündeten „als Erste durch das Ziel gehen“, und diese Sicherheit ermutigt

uns nicht nur, sondern drängt uns die Pflicht auf, auch in diesen ersten Tagen die Friedensarbeit nicht erlahmen zu lassen. Hierzu ist aber auch die Weiterführung der Pferderennen zu zählen, die ja im Interesse der Landes- und Pferdezucht nicht zu entbehren sind.

Die Beliebtheit, die sich die Wiesbadener Rennen in der kurzen Zeit ihres Bestehens in den zukünftigen Kreisen erworben haben, beweisen die morgen zu erwartenden gut besetzten Felder, die, wenn auch keine besonders große Prüfung auf dem Programm steht, spannende reitliche Bilder erwarten lassen, so daß alle Besucher auf ihre Rechnung kommen werden, zumal wenn der Foto ihnen allen ohne Ausnahme recht schöne Dupliten beschert. Im Nachstehenden wollen wir hierfür einige Blicke geben, aber natürlich — wie es bei den Lotteriegewinnmeldungen so schön heißt — „ohne Gewähr“!

1. Rennen: „Banane“, die Neuzuglerin, sollte in „Kriegsflagge“ ihre gefährlichste Gegnerin haben, doch werden beide von der leichtgewichtigen „Wetterau“ bedroht. — 2. Rennen: „Vollpfeife“, die schon das vorletzte Rennen vor dem Krieg in Erbenheim gewinnen konnte, sollte das Rennen nicht zu nehmen sein, und „Slavonier“ und „Kronstadt“ hinter sich auf den nächsten Plätzen lassen. — 3. Rennen: „Bahn“ wird das zu erwartende etwas harte Gelände nicht ausfallen, so daß „Coram Populo“ ihm den Sieg schwer machen wird. — 4. Rennen: Sollte „Charles Fleuri“ hier hängen, ist er vor allem zu beachten. Nach ihm kämen „Bunderlampe“ und „Huronna“ in Frage. — 5. Rennen: Ist „Mahlisch“ wieder im Gang, so kämen neben ihr wohl nur noch „Vollpfeife“, falls sie erst hier läuft, und „Obba“ in Frage. — 6. Rennen: „Sea Squaw“ sollte vor „Ocean“ und „Bastion“ das Rennen landen. — 7. Rennen: „Comp d'Or“, „Sea Squaw“ und „Quetamo“ dürften sich ein heißes Rennen liefern.

Das „Sport-Journal“ glaubt folgende Pferde in Front erwarten zu sollen: 1. Rennen: „Wetterau“ vor „Kriegsflagge“ und „Banane“; 2. Rennen: „Vollpfeife“ vor „Zelter“ und „Slavonier“; 3. Rennen: „Bahn“ vor „Coram Populo“ und „Quetamo“; 4. Rennen: „Hoc Fleuri“ vor „Mahlisch“ und „Huronna“; 5. Rennen: „Bastion“ vor „Mahlisch“ und „Verdita“; 6. Rennen: „Sea Squaw“ vor „Du“ und „Ocean“; 7. Rennen: „Blad Swan“ von „Comp d'Or“ und „Etird“.

Pferderennen. Das Hauptinteresse vereinigt sich auf Montag Hoppegarten, wo im Handel-Rennen die erste klassische Prüfung gelaufen wird. Das mit einem Ehrenpreis und 20 000 Mark ausgeschüttete 1600 Meter-Rennen macht einen völlig offenen Eindruck, da bislang keine Gelegenheit war, sich über das Können der teilnehmenden Pferde ein abschließendes Bild zu machen. Von den Startern haben „Tandem“, „Ladylou“, „Carneol“, „Correggio“ und „Etrusker“ in diesem Jahre bereits Rennen gewonnen. „Adreffe“ lief in der Goldenen Peitsche ein hervorragendes Rennen gegen „Ladylou“ und wird dadurch noch in Konkurrenz gefördert sein, so daß sie mit an erster Stelle für den Ausgang in Betracht zu ziehen ist. Allerdings steht die Frage, ob sie für eine leichte Aufgabe, da sie in „Etrusker“, „Carneol“, der bei seinem Siege über „Ladylou“ drei Jahre vor 1600 Meter zeigte, und „Tandem“ Dreijährige von Klasse gegen sich hat. In den übrigen Rennen verdienen „Lucarne“, „Tannenber“, „Schamir“, „Tanteme“, „Tasap“ und „Treue“ Beachtung. Das Hoppegartener Montagssprogramm wartet mit dem Chamant-Rennen als Hauptnummer auf, in dem vierjährige und ältere Pferde aufeinandertreffen. Die 18 000 Mark des Rennens werden dem Gradiger „Anschluß“ nach seinem Siege über „Mahlisch“ schwer zu nehmen sein. Sein gefährlichster Gegner steht in „Lanquard“. In den übrigen Rennen befinden sich „Moguntia“, „Fimdiva“, „Muhang“, „Sotrap“, „Ortolan“ und „Waldhorn“ gute Aussichten. — Die Rennen in Breslau sind mehr lokaler Natur. — Der Trabersport bringt die Fortsetzung der vom Renn- und Pferdezuchtverein der Kavallerie-Kameradschaft veranstalteten Rennen zu Hamm-burg-Paraden.

Radport. In Treptow wird das Goldene Rad in zwei Läufen über 50 Kilometer ausgefahren. Als Gegner stehen sich Stellbrink hinter Geppert, Bauer hinter Bajorath, G. Jante hinter Krüger und Pawke hinter Jank gegenüber, also die besten noch vorhandenen Dauerfahrer. Auch in den Fliegerrennen bekommt man in Voreis und Stabe zwei Fahrer von Klasse zu sehen. — In Hannover geht zum zweitenmal der Große Straßenpreis von Hannover um den Hindenburgpokal auf einer in zwei Runden zu durchzufahrenden, insgesamt 174 Kilometer langen Strecke vor sich. Welches Interesse militärischerseits der Veranstaltung entgegengebracht wird, bezeugen die 51 Meldungen, die zum großen Teil von ihm selbst befindlichen Soldaten herrühren. Für den Ausgang kommen in erster Linie der vorjährige Sieger Krupat aus Berlin, Padebusch aus Berlin und J. Rosellen aus Köln in Frage. Unter den zehn Bemerbern der Berufsfahrerklasse ragen Tarisch aus Schweinfurt und Menke aus Hamburg hervor. Die Gruppe der Herrenfahrer beschränkt sich nur auf die 5 Gegner Wittmann aus Barmen, Radloff aus Altona, E. Lemberg aus Berlin, F. Trunkow aus Berlin und O. Kuch aus Leipzig.

Im Fußballsport fällt in Berlin in der Liga-Klasse vornehmlich die Entscheidung sowohl in der Meisterschaft wie im Frühjahrspreis. Schlacht Viktoria, wie angenommen ist, den Berliner Fußballklub, so sind beide Ergebnisse der Mannschaft sicher. Um die Kriegsmehrschaft von Norddeutschland findet das erste Zwischenspiel zwischen Harburg und Hamburg in Harburg statt.

Vermischtes.

Der ungarische Blandari. Die Untersuchung in der Cincotaer Mordaffäre hat nach einer Drahtmeldung aus Budapest, 11. Mai, ergeben, daß die 74-jährige Frauensperson Chevereprehungen gemacht hat. Den Aussagen der sich freiwillig meldenden Zeugen zufolge befand sich die Frau im November 1915 als Soldat in Raab, was gegen die früheren Angaben eines Bekannten des Rik spricht, wonach dieser schon im Juli 1915 in Ballovo gestorben sein sollte. Frau Johann Jakubek ist wegen Beweismangels entlassen worden.

Am Freitag Vormittag wurden die zwei letzten bisher noch uneröffneten Blechtonnen aufgeschraubt. Auch diese Gefäße enthielten je einen weiblichen Leichnam. Beide Opfer wurden der Obduktion unterzogen. Die ärztliche Kommission fand, daß die siebente Tonne die kälterhaltene Leiche enthielt und wahrscheinlich aus den letzten Morden des Rik herrührt. Die Kommission untersucht sorgfältig das Gewicht des Inhaltes, um festzustellen, ob es dem Mörder möglich war, die Opfer allein in die Tonne zu heben, oder ob er dabei Komplizen hatte. Die Direktion einer hiesigen Versicherungsgesellschaft erhielt vorgestern aus einer ungarischen Provinzhadt ein Telegramm, daß mit Bela Rik, Schlossermeister, unterfertigt war. Der Abfender bittet um Bekanntgabe der Versicherungsbedingungen. Das Schreck-

Kurhaus-Konzert.

Auch das gekürzte zweite Sonder-Konzert des Kurhauses war von einem vollen und uneingeschränkten Erfolg begleitet. An der Spitze der Vortragsfolge stand die Beethoven'sche Emoll-Symphonie Nr. 3, ein altbewährtes Meisterwerk unserer Kurkapelle, dessen vortreffliche Ausführung ebenso wie eine erneute Anerkennung bewies, daß das Werk selbst. So oft wir dieser hehren Schöpfung das unvergleichliche Meisterwerk auch begegnen, immer und dabei jene kleine Anekdote ein, die sich an die erste Aufführung derselben knüpft. Unter den Zuhörern fand sich nämlich auch Hector Berlioz' Lehrer, der französische Komponist Cesur. Von dem Werke völlig hingenommen, aber doch überrascht von dem Reuen und Ungeheuren des Beethoven, wendete er sich am Schluss zu Berlioz mit den Worten: „Berlioz! Berlioz! das war doch nicht möglich!“ — „Berlioz Sie sich“, erwiderte Berlioz, „es wird nicht viel gemacht gemacht werden.“ — Er hat Recht behalten. — Welche tiefe, ernst und unvergängliche Werte Beethoven's „Ränke“ in sich birgt, das trat gestern wieder

